

Rede
des Ministerpräsidenten Dr. Jürgen Rüttgers
anlässlich der Eröffnung des 18. Medienforums NRW 2006
am 22. Mai 2006, 10.00-10.30 Uhr in Köln
(Dauer: ca. 20-25 Minuten)

I.

Als sich Bundeskanzler Konrad Adenauer einmal mit dem mächtigen Verleger der New York Times, Cyrus Sulzberger, besprach, gab er diesem eine weise Erkenntnis mit auf den Weg: In einer Zeit, in der nichts mehr wirklich sicher sei, komme es darauf an, von Anfang an die richtige Richtung zu haben.

Sulzberger wird der Ratschlag beeindruckt haben. Mich beeindruckt er auch. Allerdings fragen sich ja selbst Experten gelegentlich: Was genau ist eigentlich die richtige Richtung?

In der Medienwelt stehen wir vor einer solchen Situation. Die Zukunft der Medien ist eine digitale. Das steht fest. Nachrichten, Sport und Unterhaltung werden wir künftig fast nur noch digital erhalten. Die Zeiten, in denen eine Antenne auf dem Dach stehen musste, um den „Tatort“ oder die Champions-League empfangen zu können, werden dann endgültig vorbei sein.

Doch viele Fragen sind noch unbeantwortet. Nehmen wir – um beim Fußball zu bleiben – die Bundesliga. Derzeit werden die Übertragungsrechte für das *Fernsehen* an den einen Veranstalter verkauft und die für das *Internet* an den anderen. Doch was bedeutet es, wenn der Internetanbieter bewegte Bilder über das Telefonkabel sendet? Und zwar auf einen Fernseher. Ist das dann TV oder nicht? Und gibt es dann überhaupt noch Sinn, auf dem Rechtemarkt zwischen Rundfunk

und Internet zu unterscheiden?

Tatsache ist: In der digitalen Welt gibt es zwar unterschiedliche Übertragungswege. Aber Daten sind Daten – und zwar unabhängig davon, ob sie Bilder, Töne oder Texte sind. Bislang wissen wir nicht genau, welche Folgen das haben wird.

Manche Kritiker sagen nun, dass mit der Digitalisierung der Wilde Westen in der Medienwelt Einzug gehalten hat. Andere fordern eine neue Medienordnung. Ich warne vor Schnellschüssen. Richtig ist: Es ist noch einiges zu regeln. Mit der EU-Fernsehrichtlinie sollte nun eine erste Antwort gegeben werden.

So fragt die Richtlinie nicht mehr nach dem Verbreitungsweg, sondern nur noch nach dem Inhalt. Das ist richtig. Aber damit ist es nicht getan.

Auch die Medienpolitik muss Ordnungspolitik sein. Und das heißt: Wer wann wie viel Werbung macht ist eine Frage, auf die der Staat keine Antwort geben muss. Niemand käme auf die Idee, einem Verlag vorzuschreiben, wie viele Anzeigen er drucken lassen darf.

Wir brauchen deshalb erstens eine deutliche Deregulierung, was die Menge an Werbung angeht. Wir brauchen aber auch einen Rahmen für die Art und Weise, in der Werbung gemacht

wird. Denn die Trennung zwischen Werbung und Programm muss auch künftig sichergestellt sein.

Die bisherigen Vorschläge der Kommission reichen da nicht. Wir brauchen beim Product-Placement glasklare Hinweise für den Mediennutzer. Es muss deutlich werden, wo und von wem ein Produkt gegen Geld platziert wurde. Und es darf nicht sein, dass unter dem Deckmantel des Product-Placement die Schleichwerbung Einzug in deutsche Wohnzimmer hält.

Weil diese Frage elementare Interessen der Mediennutzer berührt, erwarte ich, dass wir hier schnell zu Ergebnissen kommen. Im kommenden Jahr wird Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen. Wir sollten die Chance nützen, die EU-Fernsehrichtlinie abschließend zu beraten und zu verabschieden. Die Fernsehsender, die werbetreibende Wirtschaft und die Zuschauer haben ein Recht auf Klarheit.

II.

Mit der Digitalisierung steht unser duales Rundfunksystem vor der größten Herausforderung seiner Geschichte. Das wird an der „Verschlüsselung“ der Satelliten-Übertragung deutlich. Bis heute ist noch nicht endgültig geklärt, wie die Verschlüsselung und Decodierung von digitalen Inhalten erfolgen soll.

Technisch ist die Verschlüsselung machbar. Ich halte auch den

Wunsch, die übertragenen Inhalte zu verschlüsseln und sich die Entschlüsselung bezahlen zu lassen, für berechtigt. Es ist eine nachvollziehbare unternehmerische Entscheidung, für eine erbrachte Leistung eine Gegenleistung zu fordern. Beim Kabelfernsehen ist das seit Jahren der Fall.

Doch eines muss klar sein: Die Gebührenzahler dürfen nicht gezwungen werden, aufgrund der Verschlüsselung eine „Doppelgebühr“ zu zahlen. Glücklicherweise haben wir aber noch einige Jahre Zeit, um dieses Problem zu lösen. Ich appelliere aber heute schon an alle Beteiligten hier mit Augenmaß zu verhandeln.

III.

Im Interesse des öffentlich-rechtlichen Rundfunks möchte ich ein weiteres Thema ansprechen. Die EU-Kommission betrachtet den Rundfunk vornehmlich als eine grenzüberschreitende Dienstleistung.

Ich halte das für problematisch. Journalismus und Medien sind mehr als ein Wirtschaftsgut. Sie sind ein Kulturgut. Und weil das so ist, gibt es auch nationale Medienkulturen.

Unser öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist Teil unserer Medienkultur in Deutschland. Dafür gibt es einen wichtigen Grund: Wir haben unseren öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit

einem Auftrag zur Grundversorgung ausgestattet. Alle Menschen unseres Landes – Jung und Alt in Stadt und Land - sollen zu wichtigen Informationen Zugang haben. Und zwar zunächst einmal unabhängig davon, ob sich damit von den Anbietern Geld verdienen lässt.

Ich möchte einmal daran erinnern: Mit dem Amsterdamer Protokoll wurde dieser Auftrag auch ausdrücklich anerkannt. Und es wurde bestätigt, dass seine Ausgestaltung den Mitgliedstaaten überlassen bleibt.

Es widerspricht dem Geist des Amsterdamer Protokolls, wenn nun die EU-Kommission die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf den Prüfstand stellt. Damit legt sie die Axt an die Grundlagen.

Die EU-Kommission fragt, inwieweit Rundfunkgebühren für den Erwerb von Sportrechten und für Online-Dienste verwendet werden dürfen. Ich sage ganz klar: Auch das gehört zum Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Dieser Auftrag leitet sich aus dem Grundgesetz ab. Er macht nicht vor den Sportstadien und dem Internet halt.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist nicht nur zum Füllen derjenigen Lücken da, die von den privaten Veranstaltern gelassen werden. Er ist im dualen Rundfunksystem nicht

Lückenfüller für Marktversagen.

Ich weiß, was das bedeutet. Vor allem, wenn man berücksichtigt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk vom Bundesverfassungsgericht nicht nur mit einer Bestands-, sondern auch mit einer Entwicklungsgarantie ausgestattet worden ist. Der Grundversorgungsauftrag ist damit dynamisch zu sehen.

Und das heißt dann auch, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk an den Entwicklungen in Technik und Programm in angemessenem Umfang teilhaben können muss. Das gilt gerade für massenattraktive Angebote. Dazu gehören Internet-Angebote und auch Handy-TV. Gerade um jüngere Zielgruppen zu erreichen, halte ich beides für unerlässlich.

Das Bundesverfassungsgericht hat klargestellt: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist Medium und Faktor der Meinungsbildung. Das gilt es im Blick zu behalten. Auch beim Handy-TV. Wer allein in der Versteigerung von Frequenzen das Heil sieht, um mehr Effizienz, mehr Markt und mehr Vielfalt zu erhalten, verkennt den verfassungsrechtlich verbürgten Vorrang des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Jetzt werden die Weichen für die digitale Zukunft gestellt. Wer jetzt nicht auf den Zug aufspringt, wird später keine Gelegenheit mehr haben. Doch bei der Verteilung der Fahrkarten muss es

gerecht zugehen. Das schließt eine Versteigerung der Frequenzen aus. Hier haben die Länder ein gewichtiges Wort mitzureden. Sie sind die Sachwalter des Rundfunks.

Ich erwarte deshalb, dass bei einer solch weit reichenden Frage wie der Vergabe von Frequenzen einerseits die öffentlich-rechtlichen Sender und auch die Länder einbezogen werden.

IV.

Nun habe ich sehr viel zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk gesagt. Sie mögen daran erkennen: Die Landesregierung stärkt das duale Rundfunksystem. Wir stehen für eine Rundfunklandschaft mit einem fruchtbaren Nebeneinander von privaten und öffentlich-rechtlichen Anbietern.

Nordrhein-Westfalen hat von diesem Nebeneinander bislang stets profitiert. NRW ist das Fernsehland Nr. 1 in Deutschland. Ein Drittel der in Deutschland produzierten TV-Minuten kommt hierher. RTL, VOX und N-TV haben ihren Sitz bei uns. Super RTL, Terra Nova und viele andere TV-Sender ebenfalls. Mit dem WDR hat eine der größten öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Europas ihr Zuhause bei uns am Rhein.

NRW ist das Radioland Nr. 1. Vier der zehn meistgehörten Radioprogramme Deutschlands werden zwischen Aachen und Detmold produziert. Die Reichweite unseres Lokalfunks ist

bundesweit Spitze.

Und NRW ist das Zeitungsland Nr. 1. Wir haben mit der WAZ, der Rheinischen Post oder dem Kölner Stadtanzeiger sowie dem Handelsblatt, ebenso große und leistungsstarke wie gehaltvolle Blätter.

Und diesen Riesen stehen die nicht minder beachtlichen kleineren Zeitungen wie die Siegener Zeitung oder die Glocke in puncto Ausgewogenheit und Qualität in nichts nach.

NRW ist zweifellos das Medienland in Deutschland. Zwischen Rhein und Ruhr geben 55.000 Firmen etwa 320.000 Menschen Arbeit. Diese Unternehmen – darunter Bertelsmann in Gütersloh, die Telekom in Bonn, IBM in Essen, Xerox in Neuss, Ericsson, Vodafone und E-Plus in Düsseldorf – erwirtschaften einen Jahresumsatz von 111 Mrd. Euro.

Und auch auf die Arbeit der Landesregierung kann sich nach nur einem Jahr bereits sehen lassen. Wir bereiten derzeit die Reform des Landesmediengesetzes vor. Damit wollen wir insbesondere dem Bürgerfunk eine verlässliche Grundlage geben und ihn so zukunftsfähiger machen.

An anderer Stelle blicken wir bereits auf Erfolge. Wir konnten wichtige Ansiedlungswünsche von Unternehmen wirkungsvoll

unterstützen. Wir konnten Lizenzierungsverfahren und Firmenzusammenschlüsse zu einem guten Ende begleiten. Und wir konnten Unternehmensabwanderungen verhindern.

Erfolgsgeschichte schreiben aber auch jene, die der großen Öffentlichkeit nicht sofort ein Begriff sind. Zum Beispiel das führende deutsche Teleshopping-Unternehmen QVC. Vor zehn Jahren waren dort 35 Mitarbeiter beschäftigt. Heute arbeiten etwa 3.350 Menschen bei QVC. Der Umsatz wurde auf 629 Mio. Euro versechzigfacht. Das findet meine Anerkennung.

V.

Diese Erfolge dürfen und werden uns aber nicht davon abhalten, den Medienstandort NRW gezielt zu unterstützen. Einzelne haben nach wie vor mit Schwierigkeiten zu kämpfen.

So müssen unabhängige Film- und Fernsehproduktionsunternehmen zur Absicherung ihrer Aufträge häufig Bankbürgschaften vorlegen. Für kleine und mittlere Unternehmen ist das ein Problem. Und Geld für notwendige Zwischenfinanzierungen erhalten sie oftmals nur noch bedingt und zu hohen Kosten.

Wir haben deshalb nun über die NRW.Bank ein 10 Mio. Euro umfassendes Finanzierungsprogramm aufgelegt. Wir erleichtern damit den Produktionsunternehmen den Zugang zu Bürgschaften und Zwischenkrediten. Das Programm ist mit

wenig bürokratischem Aufwand verbunden. Und es ist in enger Abstimmung mit den Produzentenverbänden und den Banken entwickelt worden.

Wir stärken und sichern den Film- und Fernsehproduktionsstandort NRW aber noch an einer anderen Stelle. Als ich vor einem Jahr hier beim Medienforum meine erste Rede nach der Landtagswahl gehalten habe, habe ich die Bedeutung der Nachwuchsförderung besonders betont. Heute kann ich Ihnen sagen: Wir sind hier schon ein gutes Stück weiter.

Gemeinsam mit dem WDR haben wir der Filmstiftung NRW ein neues Förderprogramm für Studenten und Absolventen der Film-, Fernseh- und Medienhochschulen vorgeschlagen. Künftig wollen wir hier jährlich annähernd doppelt so viel Geld wie bislang, nämlich 1,5 Mio. Euro, zur Verfügung stellen. Damit ermöglichen wir Abschluss- und Erstlingsfilme.

Darüber hinaus bieten wir etwas ganz Neues, das es bisher bei keiner der großen Länderfilmförderungen gibt: Projektentwicklungs-Stipendien für den Filmnachwuchs. Damit kann eine Filmidee bis zur Dreh-Reife entwickelt werden. Von dieser neuen Nachwuchsförderung werden vor allem die in NRW ansässigen Hochschulen und deren Absolventen profitieren.

Ich bin deshalb sicher: Der Medienstandort NRW hat eine gute

und große Zukunft vor sich. In den vielen Gesprächen mit Vertretern der Branche wurde uns signalisiert, dass die Grundlage für ein gutes, vertrauensvolles Verhältnis gelegt ist.

Das zeigt sich übrigens an ganz praktischen Dingen. Auch hier beim Medienforum. Die wichtigsten deutschen Fernsehveranstalter unterstützen unser neues Festival „Großes Fernsehen“. Hier bieten wir eine Spielfläche für herausragende Fernsehproduktionen. Eine Idee, die in der Fernsehbranche auf große Resonanz stieß. Und das beweist: Hier beim Medienforum und hier bei uns in NRW weiß man um die Themen und Belange, die die Branche bewegen.

VI.

„In die Staatskanzlei ist eine neue Verlässlichkeit eingezogen.“ Dieses Kompliment maßgeblicher Vertreter von Medienunternehmen will ich nicht kommentieren – nehme es aber durchaus mit Freude zur Kenntnis.

Private wie öffentlich-rechtliche Anbieter dürfen in NRW einen fruchtbaren Boden für ihre Ideen und Investitionen erwarten. Und sie tragen mit Ihren Ideen und Investitionen dazu bei, dass NRW bleibt, was es ist: Ein starker Medienstandort in Europa. Ein Medienstandort mit sehr guten Entwicklungsperspektiven.